

Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte

Irmgard Cipa, Werner Siebler (Sprecherteam)

mailto: werner.siebler@web.de

Telefon: 0761 275888 - mobil: 01754411551



Presseerklärung (27.12.2024)

Grünen-Wahlprogramm für Abbau demokratischer Rechte und neue Berufsverbote

Die selbsternannte „Fortschrittskoalition“ (Ampel) ist zu Ende. Sie hat weder eine Erweiterung demokratischer Rechte gebracht noch eine Rehabilitierung der Betroffenen des „Radikalenerlasses“ von 1972. Stattdessen gibt es einen verstärkten Wettbewerb, wie Demokratieabbau weiter forciert werden kann.

Werner Siebler, einer der Sprecher des BAA und als Briefträger 1984 von Berufsverbot betroffen: „Unter dem Vorwand, es gehe gegen extreme Rechte und Faschisten, wird der Inlandsgeheimdienst immer weiter ausgebaut und mit weiteren Kompetenzen versehen. Jüngstes Beispiel das Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl.“

Im Entwurf des Grünen-Bundesvorstands vom 17.12.24 heißt es unter der Überschrift „Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror“: Die Nachrichtendienste ... müssten „angemessen ausgestattet“, der „Verfassungsschutz“ (VS) so aufgestellt sein, dass er „besser als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen“ könne.

Die Verfassung hat der VS in Wahrheit noch nie geschützt. Meinungsfreiheit hatte er schon immer im Visier; nun maßt er sich sogar unzulässige Pressezensur an, indem er etwa die Zeitung „junge Welt“ auf den Index setzt, um ihre Verbreitung zu erschweren. Gemäß der sogenannten Hufeisentheorie werden Linke mit Rechten und Neonazis in einen Topf geworfen und mit Terroristen gleichgesetzt: „Extremismus - egal ob politisch oder religiös motiviert – sät Hass, spaltet unsere Gesellschaft und ist der Wegbereiter für Gewalt und Terror. ... **Der Staat muss sicherstellen, dass Extremist*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in Sicherheitsbehörden tätig sind ...**“ (Hervorhebung durch BAA) - der unverhohlene Ruf nach neuen Berufsverboten.

Das Beispiel der Migrationsdebatte zeigt, dass Rechte immer stärker werden, wenn es einen regelrechten Wettbewerb gibt, wer am härtesten gegen Geflüchtete vorgeht. Generell werden Menschen, die nichts weiter machen, als ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, immer offener mit Sanktionen bedroht:

Nach bundesweit offiziell 1525 Nichteinstellungen und Entlassungen in den 1970er/80er Jahren infolge des „Radikalenerlasses“ im Öffentlichen Dienst und einzelnen Maßnahmen 2003 und 2016 nehmen auch Berufsverbote gegen Linke und fortschrittliche Menschen seit 2023/24 wieder sprunghaft zu. Politische Entlassungen werden auch vermehrt in privaten Unternehmen vorgenommen:

Klimaaktivistinnen und -Aktivisten wird die Einstellung verweigert - in München als Schullehrerin, in Jena als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni; die Beschäftigung eines Wissenschaftlers an der TU München wird abgelehnt, weil er „marxistische Auffassungen“ habe; drei Erzieherinnen in Berlin sind wegen Palästina-Solidarität entlassen; ebenso eine IT-Fachkraft eines privaten Unternehmens in Duisburg oder ein Museumspublikums-Betreuer in Frankfurt - um nur einige Beispiele zu nennen.

Gleichzeitig wurde auf Bundesebene das Disziplinarrecht verschärft: Entlassungen sind nun mittels bloßer „Disziplinarverfügung“ möglich, unter Beweislastumkehr, ohne gerichtliches Verfahren. Als erster hat 2024 der Brandenburger Landtag ein Radikalen-Gesetz verabschiedet, genannt „Verfassungstreue-Check“. Die Zahl neuer Berufsverbote hat bereits ein Dutzend erreicht.

Der Bundesausschuss fordert deshalb von Bundesregierung, Landesregierungen, Bundestag und Länderparlamenten:

- Keine neuen „Radikalengesetze und -Erlasse“!
- Einhaltung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Politische Überzeugungen dürfen nicht zu Berufsverboten und Existenzvernichtung führen!
- Bereits erfolgte neue Berufsverbote und diesbezügliche gesetzliche Maßnahmen müssen zurückgenommen werden!
- Die Betroffenen der Berufsverbote in den 1970/80er Jahren sind zu rehabilitieren und zu entschädigen!